



Peace Research Institute Frankfurt
Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Demokratisierung, Autokratisierung und soziale Konflikte Tunesiens Transformationsprozesse seit 2011

27.10.2025 / Dr. Irene Weipert-Fenner FU Berlin, Offener Hörsaal



Arabische Aufstände 2011



Tunesien: vom Fall eines Hoffnungsträgers?



- Nach 2011, v.a. nach 2013 Militärputsch in Ägypten, Bürgerkriege in Syrien, Libyen, Jemen: Tunesien als letzter Erfolgsfall von Demokratisierung in der arabischen Welt
- 2021-2023: Absturz des Hoffnungsträgers: eine der schnellsten (Re-)Autokratisierungsprozesse
- Diese Sichtweise verdeckt:
 - > Probleme auf der Ebene von Institutionen und Akteuren lange vor dem Self-coup
 - > Kontinuitäten zwischen prä- und post-2011
 - > Wechselwirkung zwischen verschiedenen innergesellschaftlichen Konflikten



Kais Saied (2019-heute)

Übersicht



Politische Konflikte

- Wichtigste Konfliktlinie: Pro-vs. antiislamistische Kräfte
- Überblick politische Entwicklung seit
 2011
- Problemanalyse 2011-2021
- Fokus auf Re-Autokratisierung seit2021

Sozioökonomische Konflikte

- Wichtigste Konfliktlinien: Küste vs.
 Hinterland; Insider vs Outsider
- Protestentwicklung
- Politökonomische Analyse
- Konfliktpotential durch Arbeitslosigkeit

Kooperation mit Europa

- Bsp: Grüne Energie aus Tunesien
 - Kritik tunesischer Aktivist*innen: grüner Kolonialismus
 - Auswirkungen auf bestehende Konflikte

01 Politische Konflikte

(2011-2013)	Re-Institutionalisie- rung des politischen Systems (2013-2014)	Die große Koalition: Nidaa Tunis und al- Nahda (2015-2019)	Die populistische Wende (2019-2021)	Re-Autokratisierung (2021-2024)
politische Ordnung Polarisierung zwischen säkularen und islamistischen Akteuren	 Neue Verfassung 2014 Freie and faire Wahlen: neuer Präsident Beji Caid Essebsi Neues Parlament: 37,5% Nidaa Tunis, 27,8% al- Nahda 	Kross-ideologische Elitenkooperation zwischen Islamisten und säkularen Parteien	 Wahlen bringen Populisten an die Macht Präsident Kais Saied Verrohung politischer Kultur im Parlament Politische Blockade: zwischen Präsident, Premierminister (unabhängig) und Parlaments-sprecher (Nahda) 	 "Self-Coup" Juli 2021: Regierung und Parlament aufgelöst, Saied regiert per Dekret ab September 2022: Unabhängigkeit der Justiz stark beschnitten Neue Verfassung Juli 2022: Gewaltenteilung aufgehoben Starker Anstieg von Repression ab Februar 2023

Soziokulturelle Konfliktlinien prägen die politische Konfliktlinie zwischen (pro-)Islamisten und anti-Islamisten



Islamistisch geprägte Seite

Al-Nahda: "moderate" Islamisten

- 1981 als "Bewegung islamischer Tendenz" gegründet – Staatliche Repression
- Kurzes Fenster der Öffnung 1987:
 Umbenennung in "al-Nahda", erfolgreich bei Kommunalwahlen
- ab 1988 wieder unterdrückt
- 2011 Rückkehr der Führung aus Exil, große Graswurzelbewegung



Rachid Ghannouchi

- 2016 von islamistischer zu muslimischen Partei
- Arabisch bevorzugende, religiöse, sozial konservative Akteure eher im marginalisierten Hinterland (Bourguibas Gegenspieler Ben Youssef "Youssefisten")

Anti-Islamistisch geprägte Seite

Anti-Islamisten

- linke Gruppen und Organisationen (Gewerkschaft)
- Nidaa Tunis (2012- Neo-autori 2019) Politiker: F



Beji Caid Essebsi

Neo-autoritäre Parteien und Politiker: Freie Dustur Partei



Abir Moussi

 frankophile, säkulare, auf Europa ausgerichtete Herrschaftselite, ökonomisch stark, v.a. in Küstenregion (Bourguiba, Ben Ali)

Frühe Transition (2011-2013)	Re-Institutionalisie- rung des politischen Systems (2013-2014)	Die große Koalition: Nidaa Tunis und al- Nahda (2015-2019)	Die populistische Wende (2019-2021)	Re-Autokratisierung (2021-2024)
 Konflikte um die neue politische Ordnung Polarisierung zwischen säkularen und islamistischen Akteuren Mediation durch zivilgesellschaftliche Organisationen (Nationales Dialog Quartett; v.a. UGTT) 	 Neue Verfassung 2014 Freie and faire Wahlen: neuer Präsident Beji Caid Essebsi Neues Parlament: 37,5% Nidaa Tunis, 27,8% al- Nahda 	Kross-ideologische Elitenkooperation zwischen Islamisten und säkularen Parteien	 Wahlen bringen Populisten an die Macht Präsident Kais Saied Verrohung politischer Kultur im Parlament Politische Blockade: zwischen Präsident, Premierminister (unabhängig) und Parlaments-sprecher (Nahda) 	 "Self-Coup" Juli 2021: Regierung und Parlament aufgelöst, Saied regiert per Dekret ab September 2022: Unabhängigkeit der Justiz stark beschnitten Neue Verfassung Juli 2022: Gewaltenteilung aufgehoben Starker Anstieg von Repression ab Februar 2023

Demokratisierung in Tunesien



Die "Geburtsfehler" der tunesischen Demokratie in der Verfassung von 2014

- Präsident wird direkt gewählt, hat daher hohe Legitimität hat aber nach 2014 Verfassung Macht über Verteidigung und Außenpolitik, wenig innenpolitische Gestaltungsmöglichkeiten
- Oberstes Verfassungsgericht ist in 2014 Verfassung vorgesehen, wird aber nicht eingesetzt
- 2014: viele Institutionen vorgesehen, die nie oder spät eingeführt werden, Bsp. Dezentralisierung

Frühe Transition (2011-2013)	Re-Institutionalisie- rung des politischen Systems (2013-2014)	Die große Koalition: Nidaa Tunis und al- Nahda (2015-2019)	Die populistische Wende (2019-2021)	Re-Autokratisierung (2021-2024)
 Konflikte um die neue politische Ordnung Polarisierung zwischen säkularen und islamistischen Akteuren Mediation durch zivilgesellschaftliche Organisationen (Nationales Dialog Quartett; v.a. UGTT) 	 Neue Verfassung 2014 Freie and faire Wahlen: neuer Präsident Beji Caid Essebsi Neues Parlament: 37,5% Nidaa Tunis, 27,8% al- Nahda 	Kross-ideologische Elitenkooperation zwischen Islamisten und säkularen Parteien	 Wahlen bringen Populisten an die Macht Präsident Kais Saied Verrohung politischer Kultur im Parlament Politische Blockade: zwischen Präsident, Premierminister (unabhängig) und Parlaments-sprecher (Nahda) 	"Self-Coup" Juli 2021: Regierung und Pallament aufgelöst, Saied regiert per Dekret ab September 2022: Unabhängigkeit der Justiz stark beschnitten Neue Verfassung Juli 2022: Gewaltenteilung aufgehoben Starker Anstieg von Repression ab Februar 2023

Demokratisierung in Tunesien



Zu viel oder zu wenig Konsens? (Grewal & Hamdi 2020)

- Große Koalition: Islamistische und anti-islamistische Kooperation: als tunesischer Exzeptionalismus gefeiert
- Al-Nahda bewusst (relativ) moderat:
 - y gibt nach in Verfassungsprozess (nach durchaus heftigen Kontroversen): Scharia als Quelle der Gesetzgebung, Frau und Mann − gleich oder komplementär; ("Partei basierend auf muslimischen Werten", Ghannouchi 2016)
 - Kein Präsidentschaftskandidat, stellt auch keine Premierminister
- Wird aber auch als falscher Kompromisswille der politischen Akteure gesehen, die nur an der Macht bleiben wollen und politische Inhalte (v.a. die sozioökonomische Entwicklung) vernachlässigen
- Unzufriedenheit innerhalb der Lager: Nidaa Tunis zerfällt ab 2018

Demokratisierung in Tunesien

Zu viel oder zu wenig Konsens?

- Polarisierung zw. pro-/anti-Islamisten lebt weiter (Boubekeur 2016, Marzo 2019)
 - > in Bürokratie
 - > im Parlament, Verrohung politischer Kultur



Mediterranean Politics



Budget politics and democratization in Tunisia:
The loss of consensus and the erosion of trust

ISSN: (Print) (Online) Journal homepage: www.tandfonline.com/journals/fmed20

Irene Weipert-Fenner

To cite this article: Irene Weipert-Fenner (10 May 2023): Budget politics and democratization in Tunisia: The loss of consensus and the erosion of trust, Mediterranean Politics, DOI: 10.1080/13629395.2023.2207429

To link to this article: https://doi.org/10.1080/13629395.2023.2207429

- Eigene Analyse des politischen Prozesses (Loi de Finance 2018, 2019, Weipert-Fenner 2023) zeigt:
 - > Eher zu wenig Konsens, aber v.a. intransparente, nicht verlässliche, willkürlich scheinende erratische Entscheidungen von Regierung und Parlament
 - > Formale und informelle Institutionen: Praktiken noch nicht etabliert
 - unterminiert Vertrauen zivilgesellschaftlicher Akteure (UTICA; UGTT) in das politische System
 - > Reaktion auf öffentliche Proteste ohne große Organisation: Ignorieren, Repression

Der Weg zum Self-Coup 2021



Politische Blockade bei sich verschlechternder wirtschaftlicher Lage

- Druck von IWF: Energie-Subventionskürzungen, Einfrieren der Gehälter im öffentlichen Sektor, Reformen von staatlichen Unternehmen (Weipert-Fenner et al. 2025)
- Ständig wechselnde Regierungen
- Populistische Wende ab 2019:
 - Blockade: Präsident Saied vs Premier vs PA-Sprecher (Ghannouchi). Präsentiert sich als Präsident der Marginalisierten, gegen Politikestablishment, gegen 2014 Verfassung
 - ▶ Polarisierung: im Parlament zw.Salafisten (Karama; Seifeddine Makhlouf) und alten Regimeeliten aus Ben Ali-Ära (Free Destourien Party; Abir Moussi) → verschärft Wahrnehmung, dass politische Parteien sich nur um sich selbst drehen
- Ab 2020 Corona: negative wirtschaftliche Auswirkungen (-8,8 %BIP 2020), v.a. für untere Einkommensschichten, zunehmend schlechteres Pandemie-Management, v.a. bei Impfungen



Frühe Transition (2011-2013)	Re-Institutionalisie- rung des politischen Systems (2013-2014)	Die große Koalition: Nidaa Tunis und al- Nahda (2015-2019)	Die populistische Wende (2019-2021)	Re-Autokratisierung (2021-2024)
 Konflikte um die neue politische Ordnung Polarisierung zwischen säkularen und islamistischen Akteuren Mediation durch zivilgesellschaftliche Organisationen (Nationales Dialog Quartett; v.a. UGTT) 	 Neue Verfassung 2014 Freie and faire Wahlen: neuer Präsident Beji Caid Essebsi Neues Parlament: 37,5% Nidaa Tunis, 27,8% al- Nahda 	Kross-ideologische Elitenkooperation zwischen Islamisten und säkularen Parteien	 Wahlen bringen Populisten an die Macht Präsident Kais Saied Verrohung politischer Kultur im Parlament Politische Blockade: zwischen Präsident, Premierminister (unabhängig) und Parlaments-sprecher (Nahda) 	 "Self-Coup" Juli 2021: Regierung und Parlament aufgelöst, Saied regiert per Dekret ab September 2022: Unabhängigkeit der Justiz stark beschnitten Neue Verfassung Juli 2022: Gewaltenteilung aufgehoben Starker Anstieg von Repression ab Februar 2023

Re-Autokratisierung seit 2021



Meilensteine

Juli 2021 Proteste gegen schlechtes Covid- Management: aufgrund angeblichen nationalen Notstands friert Präsident Saied Parlamentsaktivitäten ein und löst Regierung auf

Said: selbst klar anti-islamistisch, nutzt Unmut gegen Nahda, Unterstützung in Bevölkerung hoch

gegen Korruption, für sozioökonomisch marginalisierte

gegen ausländische Einflussnahme, nationale Souveränität

Sept 2021 Regieren per Dekret

Feb 2022 **Richterrat** aufgelöst

April 2022 Wahlbehörde ISIE unter Kontrolle gebracht

Juni 2022 Dekret: Präsident kann Richter ernennen und entlassen (daraufhin 54 Richter suspendiert wegen angeblicher Korruption, 49 Fälle von Verwaltungsgericht annulliert wegen fehlender Beweise, aber Richter nicht wieder eingesetzt)

Re-Autokratisierung seit 2021



Meilensteine: Neue Verfassung – ohne echte Gewaltenkontrolle

- Angenommen im Juli 2022 [Beteiligung: 30% | Zustimmung 95%]:
- Hyperpräsidentialsystem
- Präsident kann Premier und Minister ernennen und entlassen, schlägt Parlament (PA) Gesetze vor, ernennt und entlässt Richter
- kein Amtsenthebungsverfahren für Präsident, Premier von PA nur mit 2/3 Mehrheit zu entlassen; Scheitern beim zweiten Versuch führt zu Auflösung PA
- Oberstes Verfassungsgericht darf nicht Handlungen des Präsidenten auf Verfassungskonformität überprüfen
- Parlament: Zwei-Kammer-System, Reform Wahlgesetz: nur noch Direktwahl, Parteien geschwächt

Zu Religion und Politik

- Vieldeutiger Artikel 5: "Tunesien ist Teil der islamischen Umma. Nur dem Staat obliegt es, innerhalb des demokratischen Rahmens daran zu arbeiten, die Ziele des Islam in Bezug auf das Leben, die Ehre, das Eigentum, die Religion und die Freiheit des Menschen zu realisieren."
- > statt wie in der 2014 Verfassung: Artikel 1: "Tunesien ist ein freier, unabhängiger und souveräner Staat; seine Religion ist der Islam, seine Sprache Arabisch und sein System ist republikanisch." und Artikel 2: "Tunesien ist ein ziviler Staat, dessen Grundlagen die Bürgerschaft, der Willen des Volkes und die Rechtsstaatlichkeit sind."

Re-Autokratisierung seit 2021



Meilensteine

- 17 Dez 2022 & 29 Jan Parlamentswahlen: **11% Beteiligung**, Wahlboykott al-Nahda und größere Oppositionsparteien
- Dez 2023 Wahlen für zweite (Regional-)Kammer: 10 % Beteiligung
- Okt 2023: Präsidentenwahlen: 90% für Saied, 30 % Wahlbeteiligung
- → Institutionalisierung des neuen politischen Systems abgeschlossen
- Einschränkungen für Zivilgesellschaft seit Februar 2023: massiver Anstieg von Repression gegen Opposition: Verhaftungswelle: Journalist*innen, Anwälte, Oppositionspolitiker*innen, Gewerkschafter
 - Prominente Fälle: Rachid Ghannouchi→ scharfe internationale Kritik (und gegen xenophobe Äußerungen im Februar gegen Menschen mit schwarzer Haut); Abir Moussi
- Versammlungsverbot f
 ür bestimmte Gruppen der Opposition
- Anti-Cybercrime-Gesetz (Nr 54): Einschränkung der Meinungsfreiheit
- Neues NGO-Gesetz in Planung (Nr. 88): NGOs als Marionetten ausländischer Mächte, externe Finanzierung einschränken, Registrierung erschweren

Sozioökonom. Lage immer prekärer:

Nahrungsmittelknappheit

hohe Preissteigerungen

Opposition: fragmentiert, gespalten pro- vs anti-islamistisch (bzw. neutral)

Saieds gekonntes Spiel mit den soziokulturelle Konfliktlinien



Islamistisch geprägte Seite

Al-Nahda: "moderate" Islamisten

- 1981 als "Bewegung islamischer Tendenz" gegründet – Staatliche Repression
- Kurzes Fenster der Öffnung 1987: Umbenennung in "al-Nahda", erfolgreich bei Kommunalwahlen
- ab 1988 wieder unterdrückt
- 2011 Rückkehr der Führung aus Exil, große Graswurzelbewegung



Rachid Ghannouchi

- 2016 von islamistischer zu muslimische Partei
- Arabisch bevorzugende, religiöse, sozial konser ative Akteure eher im marginalisierten Hinterland (Bour, uit Gegenspieler Ben Youssef "Youssefisten")

Anti-Islamistisch geprägte Seite

Anti-Islamisten

- linke Gruppen und Organisationen (Gewerkschaft)
- Nidaa Tunis (2012- Neo-autoritäre Parteien und 2019) Politiker: Freie Dustur Partei



Beji Caid Essebsi



Abir Moussi

 frankophile, säkulare, auf Europa ausgerichtete Herrschaftselite, ökonmisch stark, v.a. in Küstenregion (Bourguiba, Ben Ali)

Autokratisierung: Die Rolle der Sicherheitskräfte



Der politische Aufstieg der Armee (Bou Nassif 2022)

- Armee vor 2011: politisch marginalisiert, obere Ränge rekrutiert aus Sahel-Region (Heimatregion des jeweiligen Präsidenten), aber zunehmend Innenministerium als Akteur für Repression, Einsätze im Inneren v.a. gegen größere Proteste (1978, 1984, 2008)
- 2011: General Rachid Ammar verweigert Ben Alis Befehl auf Protestierende zu schießen: erzeugt Eindruck einer "neutralen" oder pro-demokratischen Armee, defacto v.a. gegen Ben Ali
- Ab 2011:
 - Budget der Armee steigt beträchtlich, auch durch US- und europäische Unterstützung (Grenzkontrolle, Anti-Terrorkampf)
 - > pensionierte Generäle übernehmen Regierungsfunktionen (Sicherheitsapparat, Gouvernorate, unter Saied auch Ministerposten)
 - Nach innen inklusiver: mehr Führungspersonal aus dem Hinterland, aber klar anti-islamistisch

Politische Gewalt und Repression



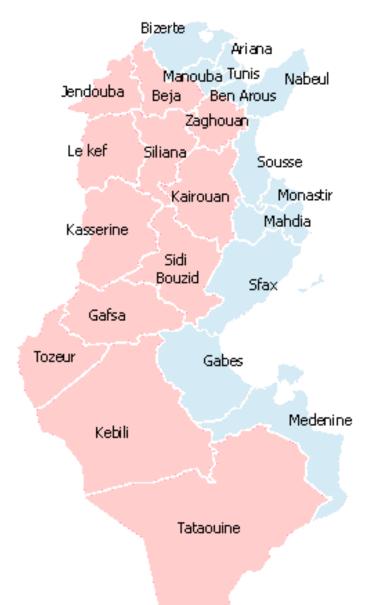
Der politische Aufstieg der Armee (Bou Nassif 2022)

- Die Armee und der Coup: Unterstützung für Saied: Parlament wird von Armee abgeriegelt, Saied zeigt sich mit Armeeführung
- Immer mehr Zivilisten vor Militärgerichte
- Motive der Armee: pro Saied aufgrund Präferenz für starkes Präsidentialsystem; anti-islamistisch
- Keine Anzeichen für Interesse an Militärdiktatur
- Position bei möglichen Massenprotesten gegen Saied unklar

02 Sozioökonomische Konflikte

Sozioökonomische Konfliktlinien

- polit-ökonomisch: "rigide segmentierte Marktwirtschaft" (Hertog 2022): strikte Trennung zwischen Insidern und Outsidern
- geographisch: Küstenregion (mittlerweile 85% der Bevölkerung) vs marginalisiertes Hinterland (Bourguiba und Ben Ali fördern ihre Heimatregionen vs Bourguiba-Rivale Salah Ben Youssif)
- → hogra: Gefühl der Erniedriedrigung durch ungerechte Exklusion
- → Möglicher Umgang mit hogra: Protest, Flucht, Radikalisierung



Hintergrund: Der Wandel von Staat-Gesellschaftsbeziehungen



Der autokratischer Gesellschaftsvertrag: Aushöhlung und Zusammenbruch

- Gesellschaftsvertrag nach Loewe et al. $(2021) \rightarrow 3Ps$, provision, participation, protection
- Autokratischer Entwicklungsstaat (1950er-60er Jahre): sozioökonomische Leistungen im Austausch gg. politische Loyalität
- Neoliberale Reformen ab 1970er:
 - Staat zieht sich zurück aus Wohlfahrt, lässt informelle Lösungen zu, gewährt beschränkte politische Teilhabe
 - Korrupte Privatisierungsprozesse → crony capitalims
- Proteste der 2000er zeigen Krise, 2011 den Zusammenbruch des Gesellschaftsvertrags



Politökonomische Kontinuitäten nach 2011

Politökonomische Verhältnisse: Unternehmer



Insider – unabhängiger durch Demokratisierung

- Ben Ali und seine Frau Layla Trabelsi (und ihr Clan) profitieren am meisten vom Rückzug des Staates in den 1990er Jahren;
 Crony Capitalism (Rijkers et al 2014 "All in the Family")
- Unternehmer, die dem Regime nahestehen und davon profitieren, müssen für die Regierungspartei "leisten", v.a. Arbeitsplätze schaffen; nicht zu viel Autonomie erwünscht; keine politische Teilhabe; UTICA unter Kontrolle
- Nach 2011: Ben Ali Firmen verkauft an bekannte Unternehmerfamilien (Oubenal & Ben Hamouda 2018), Business Tycoons ohne autokratische Kontrolle ("State capture", Sabry 2023), keine Ressource für (politisch motivierte) Beschäftigung mehr, direkte politische Teilhabe; Verbindung zu UTICA nicht ganz klar
- UTICA weiterhin privilegierter Zugang zu Regierung, aber schwächer als UGTT (Weipert-Fenner 2025)
- UTICA versucht eigene Insider Position zu sichern (alte Bourgeoisie pro Saied) vs CONECT (Unternehmerverband, klar wirtschaftsliberal, SMEs -versucht Insider - Outsider Trennung zu überwinden)

Politökonomische Verhältnisse: Arbeitnehmer



Öffentlicher Sektor als Insider

- Erbe des alten Gesellschaftsvertrags: Öffentlicher Sektor als zentrale Säule der Herrschaft
- soziale Sicherung, die über formale Beschäftigung läuft, ist im öffentlichen Sektor noch relativ gut
- Jobsicherheit besonders groß
- Ansehen relativ hoch
- Anstellung im öffentlichen Dienst als Recht für Universitätsabsolventen (meritokratisches Versprechen)
- Alte Logik der Jobvergabe nach politischem Kalkül: Proteste für Arbeit (im öffentlichen Sektor) möglichst lange ignorieren, dann selektiv Jobs vergeben
- **UGTT als mächtiger Verteidiger des öffentlichen Sektors:** gegen Privatisierung, für Gehaltsanstieg im öffentlichen Sektor- oft als Blockierer dargestellt gegen IWF durchgesetzt
 - Dient sich Saied zunächst an, anti-islamistisch, will Privilegien sichern
 - Saied kooptiert UGTT nicht; Repression gegen Gewerkschafter ab 2023, bewusste Marginalisierung der UGTT
 - Offene Mobilisierung gegen UGTT als Landesverr\u00e4ter August 2025

Die Exkludierten: das soziale Konfliktpotential durch Arbeitslosigkeit



Strukturelle Kontinuitäten bei sich verschlechternder Wirtschaftslage

- Arbeitslose: nicht exkludiert, sondern nie inkludiert; wegen zahlreicher Anreize Zustand des Wartens auf Übergang ins Erwachsenenleben
- Ungerechte Arbeitsplatzvergabe: Korruption & Klientelismus, Intransparenz, Proteste bei Jobvergabe
- Arbeitslose Akademiker: Organisation UDC, linkes Spektrum
 - UGTT ambivalenter Kooperationspartner, anti-islamistisch (Weipert-Fenner 2020)
- Arbeitslosigkeit in ressourcenreichen Gegenden (Hamdi & Weipert-Fenner 2020)
 - Eigene Armut vs. natürlicher Reichtum
 - > Lokale Verwurzelung erzeugt Anspruch auf Anteil am Ressourcenreichtum
 - > Regionale Ungleichgewichte (80% der Industrie in Küstenregion)
 - Niedergang über Zeit mit Rückgang öffentlicher Leistungen





Protestentwicklung in Tunesien ab 2011

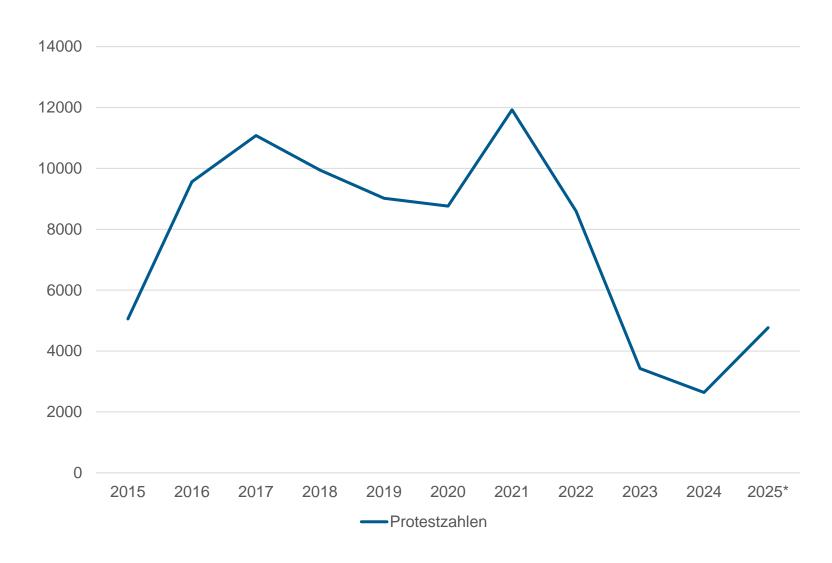


Protestphasen: unterteilt nach Hauptforderung und Akteuren (Weipert-Fenner 2022)

- 1) 2011-2013: **Politische Proteste**: von revolutionärer kross-ideologischer Mobilisierung zu Polarisierung zwischen Islamisten und Säkularen (Berman 2019)
- 2) 2014-2017: **Sozioökonomische Proteste**:
 - fragmentiert, lokal, dezentral;
 - > Hotbeds im Kontext von Ressourcenreichtum (Gafsa, Tataouine)
 - > Herausbildung von Kampagnen-getriebenen Protesten
- 3) 2018-2019: **Politisierung sozioökonomischer Proteste**: Mobilisierung gegen Haushaltsgesetze (Kampagne, UGTT), Covid-Proteste ab 2020: Peak der Proteste
- 4) Seit 2022: deutlicher Rückgang von Protest, 2025 wieder Anstieg

Protestentwicklung in Tunesien ab 2011





Quelle: Observatoire Social Tunisien, ftdes.net

Soziale Gerechtigkeit und sozialer Frieden



Protestpotential - Abwägungen

- Protestmüdigkeit durch zunehmende Desillusionierung & größere Mühen beim Bestreiten des Lebensunterhalts
- Kooptation einzelner Führer sozialer Bewegungen
- Aber: Missstände haben sich verschlimmert; Präsident hat keine wirtschaftliche Vision, nur wechselnde Sündenböcke
- Triggerevent (Preiserhöhung, Subventionskürzungen, moralischer Schock wie Tod durch Polizeigewalt, oder Unfall bei Demonstration) kann wieder zu (nicht vernetzten) Protestwellen führen





3.2

Tunesien und die EU: Das Beispiel grüne Energie

Die EU und der Run auf grüne Energie



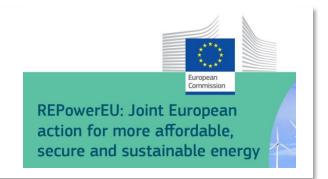
EU Green Deal (Dez 2019):

- Reduktion von Treibhausgasemissionen um 55% bis 2030
- Klimaneutral bis 2050



REPowerEU (Mai 2022):

- Reduktion der Abhängigkeit von russischem Gas
- Grüner Wasserstoff (GH2): neues Ziel: 20 Millionen Tonnen 2030; 50% importiert



Exportziel

1 Mio. Tonnen GH2 aus Tunesien 2035 (6 Mio. Tonnen 2050)

Deutschland: 2 Mill. Euro für internationale Kooperation



GH2 Exporte aus Nordafrika: globales win-win oder Neo-kolonialismus?





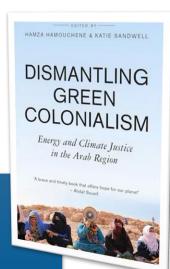
- EU & Mitgliedssatten: "Win-win"
- Nordafrika mit viel Sonne und freiem Land
- EE bringt neue Ressourcen und damit ökonomische Entwicklung nach Nordafrika
- Chance für Europa Emissionsziele zu erreichen

Transnationaler Aktivismus:

- Wasser-, Landkonflikte
- Risiken für Landwirtschaft & Nahrungsmittelsicherheit
- Profite für private, ausländische, multinationale Unternehmen
- Internationale Abhängigkeiten (Schulden, Technologie) verschärft

Gerechte Transition gefordert (inkl. Klasse, Gender, anti-rassistische Dimension)

in und durch Demokratie erreicht



Energiebeziehungen mit der EU – aus Sicht tunesischer Aktivist*innen



Kritik: Keine Erwähnung von Demokratie

- z.B. EU-Tunisian Memorandum of Understanding (MoU) über eine strategische und globale Partnerschaft im Juli 2023:
- Kooperation in fünf Politikfeldern, u.a. Energie und GH2 "ohne Demokratie, Rechtstaatlichkeit, das Justizsystem überhaupt zu erwähnen" − keine Kohärenz mit demokratischen Werten als weiteres Beispiel für europäische Doppelstandards → aber auch keine Einmischung in innere Angelegenheiten gewollt



credits: https://bnn.network/breaking-news/eu-tunisia-sign-deal-to-tackle-economic-migration-challenges

Energiedemokratie und postkoloniale Kritik "Das ist nicht Kooperation, das ist Beherrschung"

- Ausbeutung von Land, Sonne und Wasser durch Europa, Verschärfung von Umweltkrisen
- Rolle von Entwicklungszusammenarbeit: nationale Interessen verfolgen (legitimerweise!)
- Innerstaatliche Ausbeutung: Fortschreibung von Ungleichgewichten zwischen Regionen (Küste vs Inland)



Innerstaatliche Konflikte rund um Energie



Politökonomische Konflikte:

- Lokale Proteste gegen fehlende oder repressive Staatlichkeit (Bsp. Gabes), zunehmend national und sogar transnational sichtbar
- Zentralstaatlichkeit (Megaprojekte) vs Dezentralisierung (Forderung nach lokaler Entwicklung und Autonomie)
- Verhältnis öffentlicher und Privatsektor: Rolle des staatlichen Energieunternehmens, private Investoren, PPP
- → Zentrale Konflikte, die bereits 2011 zu Revolution beigetragen hatten



Energie und Autokratisierung:

- Präsident vertritt vage Form des ökonomischen Nationalismus (Souveränität, Selfreliance), sozioökonomische Aktivisten unterstützen Kurs, vs. EU, IWF
 - → defacto Energiekooperation mit EU
- Präsident initiiert kommunale Unternehmen, Aktivisten fordern Energiedemokratie
 - → MoUs mit ausländischen Großunternehmen
- im öffentlichen Diskurs, legitimieren Autokratisierung





4 Résumé

Übersicht



Politische Konflikte

- Wichtigste Konfliktlinie: Pro-vs. antiislamistische Kräfte
- Überblick politische Entwicklung seit
 2011
- Problemanalyse 2011-2021
- Fokus auf Re-Autokratisierung seit2021

Sozioökonomische Konflikte

- Wichtigste Konfliktlinien: Küste vs.
 Hinterland; Insider vs Outsider
- Protestentwicklung
- Politökonomische Analyse
- Konfliktpotential durch Arbeitslosigkeit

Kooperation mit Europa

- Grüne Energie aus Tunesien
 - Kritik tunesischer Aktivist*innen
 - Auswirkungen auf bestehende Konflikte



Literatur



Boubekeur, Amel. 2016. "Islamists, Secularists and Old Regime Elites in Tunisia: Bargained Competition." *Mediterranean Politics* 21 (1): 107–27.

Hertog, Steffen. 2022. Locked Out of Development. Insiders and Outsiders in Arab Capitalism. Cambridge: Cambridge University Press.

Loewe, Markus, Tina Zintl, and Annabelle Houdert. 2021. "The Social Contract as a Tool of Analysis: Introduction to the Special Issue on "Framing the Evolution of New Social Contracts in Middle Eastern and North African Countries"." World Development 145:1–16. https://doi.org/10.1016/j.worlddev.2020.104982.

Marzo, Pietro. 2019. "Critical Junctures, Path Dependence and Al-Nahda's Contribution to the Tunisian Transition to Democracy." *The Journal of North African Studies* 24 (6): 914–34. https://doi.org/10.1080/13629387.2018.1480943.

Rijkers, Bob, Caroline Freund, and Antonio Nucifora. 2014. All in the Family: State Capture in Tunisia: The World Bank.

Weipert-Fenner, Irene. 2022. "Mobilization in Tunisia Post-2011. From Political Protests to National Campaign Movements." In A Fledgling Democracy. Tunisia in the Aftermath of the Arab Uprisings, edited by Mohamed Zayani, 127–50. London: Hurst & Company.

Weipert-Fenner, Irene. 2025. "Budget Politics and Democratization in Tunisia: The Loss of Consensus and the Erosion of Trust." *Mediterranean Politics* 30 (1): 153–73. https://doi.org/10.1080/13629395.2023.2207429.

Weipert-Fenner, Irene. 2025. *Green Hydrogen Production in Tunisia: The Interplay of Old and New Lines of Conflict*. PRIF Report 2/2025. Frankfurt am Main: Peace Research Institute Frankfurt.

Weipert-Fenner, Irene. 2025. "Socioeconomic Reforms in Times of Political Transformation: Conflicts over the Political Economy in Egypt and Tunisia Post-2011." *Mediterranean Politics* 30 (1): 102–7. https://doi.org/10.1080/13629395.2023.2207428.

Weipert-Fenner, Irene, Nadine Abdalla, and Jonas Wolff. 2025. "The Political Economy of Implementing IMF Reforms: Evidence from Egypt and Tunisia." *British Journal of Middle Eastern Studies* online first. https://doi.org/10.1080/13530194.2025.2473880.

Weipert-Fenner, Irene, and Jonas Wolff, eds. 2020. Socioeconomic Protests in MENA and Latin America. Egypt and Tunisia in Interregional Comparison. Houndmills, Basingstoke, Hampshire: Palgrave Macmillan.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!



Peace Research Institute Frankfurt
Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung

Peace Research Institute Frankfurt
Darmstädter Landstr. 112
60598 Frankfurt am Main, Germany
+49 (0)69 - 95 91 04-0
weipert@prif.org
www.prif.org

